



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

146. Sitzung, Dienstag, 15. Dezember 2009, 23.30 Uhr

Vorsitz: *Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)*

Verhandlungsgegenstände

6. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2010 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2010 – 2013 (KEF 2010) (*Ausgabenbremse*)

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009, Nachtrag vom 4. November 2009 und geänderter Antrag der FIKO vom 26. November 2009, **4630b**; Fortsetzung der Beratung..... Seite 9612

7. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2010 und 2011

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009 und geänderter Antrag der FIKO vom 26. November 2009, **4631a**; Fortsetzung der Beratung..... Seite 9612

153. Begrenzung des Aufwands im Budget 2010

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 86/2009 und gleichlautender Antrag der FIKO vom 12. November 2009, **4629a**; Fortsetzung der Beratung..... Seite 9612

Verschiedenes

- Festtagswünsche der Regierungspräsidentin Seite 9629
- Neu eingereichte Vorstösse..... Seite 9630

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

6. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2010 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2010 – 2013 (KEF 2010) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009, Nachtrag vom 4. November 2009 und geänderter Antrag der FIKO vom 26. November 2009, **4630b**

http://www.kantonsrat.zh.ch/Geschaefte_Details.aspx?ID=1ea81a7c-092e-4832-afaa-dd2f75074aca

Gleichzeitige Behandlung mit den Geschäften 7 und 153.

7. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2010 und 2011

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009 und geänderter Antrag der FIKO vom 26. November 2009, **4631a**

Gleichzeitige Behandlung mit den Geschäften 6 und 153.

153. Begrenzung des Aufwands im Budget 2010

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 86/2009 und gleichlautender Antrag der FIKO vom 12. November 2009, **4629a**

Fortsetzung der Beratungen.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Die Tatsache, dass der Steuerfuss für zwei Jahre festgelegt wird, verlangt vom Kantonsrat eine besondere Aufmerksamkeit. Es geht nicht nur um das Budget 2010, sondern auch um das Budget 2011. Im Mai 2010 wird uns die Regierung ein Sparpaket von 1 Milliarde Franken präsentieren, dies bei einem Personalaufwand von 4,6 Milliarden Franken und einem Sachaufwand von 2,6 Milliarden Franken. Wir müssen zugeben, der EVP-Fraktion fehlt schlicht das Vorstellungsvermögen, wo eine Milliarde Franken gespart werden könnte. Wenn nur ein Teil des Betrags eingespart werden kann, muss das Defizit aus anderen Quellen gedeckt werden. Eine Erhöhung des Steuerfusses um 3 auf 103 Prozent würde einen wichtigen Beitrag an die Sanie-

rung des Staatshaushalts leisten. Wenn man die Fehlbeträge effizienter einsparen wollte, müsste der Steuerfuss wesentlich höher angesetzt werden. Es geht hier aber nicht um das Prinzip «alles oder nichts», es geht um die Verringerung des strukturellen Defizits und die bessere Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs. Durch die gescheiterte Finanzpolitik der letzten Jahre haben wir leider keinen Spielraum mehr. Die Steuern sind gesenkt worden, doch die versprochenen Mehrerträge sprudelten zu schwach. Wir können noch auswählen zwischen unerfreulich und noch unerfreulicher. Wenn die Infrastruktur nicht mehr auf dem heutigen Niveau unterhalten werden kann, sinkt auch das Interesse der guten Steuerzahler am Kanton Zürich.

Die EVP-Fraktion hält es vermessen zu glauben, die wirtschaftliche Erholung werde von einer mässigen 3-prozentigen Steuererhöhung bedroht. Die moderate Steuererhöhung würde eher als positives Zeichen gewertet, dass der Kantonsrat seine Aufgaben wahrnimmt. Die EVP-Fraktion beantragt einstimmig eine Erhöhung des Steuerfusses für die Jahre 2010 und 2011 von 100 auf 103 Prozent.

Raphael Golta (SP, Zürich): Die SP-Fraktion ist für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent.

Es ist so, dass dies für die SP-Fraktion primär ein konjunkturpolitischer Entscheid ist. Wir wollen die Steuern sicher nicht in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation erhöhen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb wir für eine Beibehaltung sind. Rein aus finanzpolitischer Optik haben wir ein gewisses Verständnis für den Antrag der EVP und können diesen nachvollziehen.

Zum SVP-Antrag, zur Senkung des Steuerfusses, vielleicht noch Folgendes: Es war die Ratslinke, also die SP und die Grünen, welche sich dafür eingesetzt hat, dass die kalte Progression bereits in diesem Jahr ausgeglichen wird, das heisst das hier tatsächlich ein konjunkturpolitischer Impuls möglich ist. Da hat sich unter anderem auch die SVP dagegen eingesetzt. Jetzt plötzlich kommt sie wieder mit einem Steuersenkungsvorschlag.

Wir bitten Sie, den Regierungsrats- und den Finanzkommissions-Antrag zu unterstützen. Soweit ich das akustisch mitbekommen habe, unterstütze ich auch das Votum von Martin Arnold und bin anderer Ansicht als Theo Toggweiler.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Wir sind beim Steuerfuss. Eine Bemerkung aber doch noch vorweg: Offenbar soll die Elefantenrunde nun zusammengestrichen werden, zwei «Minütli» pro Fraktion. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass manche Fraktion sich die politische Gesamtbilanz dieser Debatte nicht um die Ohren hauen lassen und ihr möglichst wenig Raum geben will.

Das ist aber auch wieder ein Beitrag dazu, dass dieser Rat über die Zeit doch einiges an seiner politischen Kultur eingebüsst hat. Dafür durften wir ja jetzt Theo Toggweiler in aller Ausgiebigkeit zu einem Antrag hören, der nicht mehr ist als Ausdruck einer kollektiven Zwangsneurose der SVP. Dass wir diesen ablehnen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Nicht so selbstverständlich ist, dass wir auch den Antrag der EVP ablehnen werden, die Steuern durchaus moderat um 3 Prozent zu erhöhen. Ich kann mich bezüglich konjunktureller Situation den Ausführungen von Raphael Golta anschliessen. Es wäre der falsche Zeitpunkt. Wir würden uns aber nicht sonderlich wundern, das kann ich auch schon sagen, wenn im Rahmen von San10 und unter Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen für den mittelfristigen Ausgleich auch ein Teil Steuerfusserhöhung drinstehen müsste.

Es ist aber auch eine Frage der Billigkeit, heute den Steuerfuss für die nächsten zwei Jahre nicht zu erhöhen. Nach der Verweigerung des Ausgleichs der kalten Progression durch den Regierungsrat und der Mehrheit dieses Parlaments wäre eine Erhöhung problematisch und würde in der Landschaft nicht verstanden.

Wir Grüne werden für die 100 Prozent gemäss Regierungsantrag stimmen.

Heinz Kyburz (EDU, Oetwil a. S.): Wie in der Eintretensdebatte schon erwähnt, wird die EDU einer Steuerfusserhöhung um 3 Prozent zustimmen.

Wir glauben, dass dies ein sowohl moderater wie auch nötiger Schritt ist. Unseres Erachtens sind weder Steuersenkungen noch ein unveränderter Antrag von 100 Prozent zu verantworten. Die Verschuldung wird in den nächsten vier Jahren um rund 5,7 Milliarden Franken zunehmen. Das Eigenkapital wird sich von rund 9,5 Milliarden Franken auf rund 5 Milliarden Franken abbauen. Weder die Linke noch die Rechte scheint dies zu kümmern. Nur Mitteparteien scheinen das Wohl des Kantons vor Augen zu haben und suchen einen sozialverträglichen Weg, um der Verschuldung entgegenzuwirken.

Die SVP beantragt wie jedes Jahr, ungeachtet ob wir Hochkonjunktur oder Rezession haben und ungeachtet davon, wie es um die kantonale Finanzlage steht, eine Senkung des Steuerfusses. Sie wirkt damit dogmatisch und nicht realistisch. Andererseits sehen aber auch die SP und die Grünen von einem Antrag auf Steuererhöhung ab. Wollen Sie im Hinblick auf die kommenden Wahlen nicht als Steuertreiber dastehen? Wann sollen dann die Steuern erhöht

werden, wenn nicht jetzt, da ein Fehlbetrag von 0,5 Milliarden Franken ansteht und in den künftigen Jahren jeweils über 1 Milliarde Franken pro Jahr fehlen werden?

Die EDU glaubt, dass sowohl auf rechter wie auch auf linker Seite fehlender Realitätssinn und manische Züge zu finden sind. Die EDU übt aber ihre Hauptkritik nicht an der Rechten oder an der Linken, sondern am Regierungsrat, der seine Führungsrolle nicht verantwortungsbewusst, sondern auf Popularität bedacht wahrnimmt. Ungeachtet von Rezession und Überschuldung fährt die Regierung einen Kurs, welcher auf Steuerwettbewerb und tiefe Staatsquote ausgerichtet ist und nicht die sich sowohl auf der Aufwand- wie auf der Ertragsseite bietenden Möglichkeiten ausnützt. Es ist auch klar, dass sich jeder Verzicht auf Steuererhöhung auf das Sanierungspaket San10 auswirken und im nächsten Jahr zu zusätzlichen, nicht populären Sparübungen führen wird. Nachdem die Finanzkommission vor einem Jahr durch Uneinigkeit auffiel und sich schliesslich mit einem Antrag auf Ablehnung des Budgets selber disqualifizierte, nimmt sie nun mit durchgesetzten Sparmassnahmen im Umfang von rund 200 Millionen Franken den Auftrag wahr, der eigentlich schon heute bei der Regierung liegen würde, denn die Regierung hat uns kein Budget vorgelegt, das der aktuellen Finanzlage entspricht. Um den Aufwandüberschuss von 700 Millionen Franken markant zu verringern, wären nicht nur Aufwandsenkungen von 200 Millionen Franken, also 5 bis 6 Steuerprozent, sondern auch Ertragssteigerungen, eben 5 bis 6 Steuerprozent, nötig. Dann hätten wir ein Budget, mit dem sich leben liesse. So aber bleibt es bei Lippenbekenntnissen.

Tun Sie als Parlament also wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung und unterstützen Sie eine Erhöhung des Steuerfusses um 3 Prozent. So verbessern Sie den Kantonshaushalt um über 900 Millionen Franken. Den zweiten Schritt kann die Bevölkerung im nächsten Jahr tun, wenn sie das Steuerpaket ablehnt und die Situation des Kantons nochmals um 360 Millionen Franken verbessert.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Die FDP steht für Stabilität in der Steuerfussproblematik. Wir unterstützen den regierungsrätlichen und den FIKO-Antrag.

Das strukturelle Defizit, das wir nun schon seit Jahren haben, löst der Senkungsantrag der SVP nicht, aber auch der Erhöhungsantrag der EVP nicht. Das bringt uns also überhaupt nichts ausser Instabilität. Deshalb unterstützen Sie bitte den 100-Prozent-Antrag.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Ich möchte in einem Fall eine kleine Replik anbringen. Mir fällt auf, dass bei gewissen Aussagen ein Exponent in diesem Haus, der einen Verband repräsentiert, der mit kaufmännischer Ausbildung zu tun hat, sich immer ein bisschen vertut in seinen Ausdrücken. Ich wundere mich, dass die Ratspräsidentin das zulässt. Wir sind hier die grösste Fraktion. Wir dürfen sagen, dass wir auch mit verschiedenen Abstimmungen immer erfolgreich sind. Dass es da Neider gibt, ist verständlich. Ralf Margreiter hat schon verschiedene despektierliche Ausdrücke reingebracht. Die Präsidentin hat ihn nie unterbrochen. Zuhanden des Protokolls weise ich darauf hin, dass er zur SVP gesagt hat, das seien kollektive Zwangsneurosen, die wir hätten. Das ist ein bisschen unanständig. Ich muss aber sagen, ich bewundere Ihre sprachliche Fähigkeit immer. Früher im jungen Alter, da haben wir Leute kritisiert und gesagt, der Mann ist dreisprachig, genau wie Sie: deutsch, dumm und einfältig, Ralf Margreiter.

Regierungsrätin Ursula Gut: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Steuerfuss für die Jahre 2010 und 2011 auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer zu belassen.

Der Kantonsrat hat es für nötig erachtet, den Aufwandüberschuss, den der Regierungsrat beantragt hat, zu senken. Mit einer zusätzlichen Steuerfussenkung würde er dieses Resultat wieder verschlechtern. Eine zusätzliche Steuerfussenkung würde den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung, den der Regierungsrat bis 2013 für die Jahre 2010 bis 2017 gemäss Finanzstrategie erreichen will, verunmöglichen. Die damit verbundene Verschuldung würde mittel- und langfristig das Wirtschaftswachstum und den Wirtschaftsstandort negativ belasten.

Ich bin aber auch ganz klar gegen eine Steuerfusserhöhung. Dadurch würde der Aufschwung gebremst werden. Ausserdem würde die Position des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb verschlechtert.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Bevor wir über den Steuerfuss abstimmen, gibt es noch die Elefantenrunde. Ich gehe der Parteienstärke nach.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Die SVP-Fraktion hat seit Jahren den konsequenten und beharrlichen Weg verfolgt, der Aufwandentwicklung entgegenzuwirken, staatliche Leistungen zu hinterfragen, die Steuerbelastung auf die Wirksamkeit zugunsten des Steuersubstrats zu überprüfen, günstige Rahmen-

bedingungen für Wirtschaft, Unternehmen und Gewerbe zu schaffen, damit gezielt Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft entstehen und gesichert werden können. Unsere Arbeit setzen wir konsequent fort. Jeder Schritt in diese Richtung muss auch als Zwischenziel beurteilt werden, so auch hier und heute das Ergebnis dieser Budgetdebatte.

Das Ergebnis aus dieser Debatte erweist sich für die SVP als ein Schritt in die richtige Richtung. Rund 195 Millionen Franken Budgetverbesserungen auf der Aufwandseite ist ein beachtliches Zwischenergebnis und kann als solches mehrheitlich akzeptiert werden. Dabei soll die anspruchsvolle Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg nicht unerwähnt bleiben. Sie ist unumgänglich, um unserem Ziel näherzukommen. Im Speziellen ist darauf hinzuweisen, dass es uns gelungen ist, zahlreiche Anträge von rund 50 Millionen Franken der ausgabenfreudigen linken Parteien erfolgreich abzuwenden. Diese Parteien haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie vergessen, dass in einem Staat mit einer überproportionalen staatlichen Entwicklung und der sich damit verbundenen falschen Sicherheit früher oder später weit mehr Arbeitsplätze gefährdet werden.

Um Steuereinnahmen für die Zukunft zu beurteilen, hilft uns der Blick in die Vergangenheit. Sämtliche von der SVP eingebrachten und umgesetzten Steuerentlastungen in den vergangenen Jahren haben über die Jahre zu höheren Steuererträgen geführt. Dies belegen die Zahlen der letzten zehn Jahre deutlich. Auch in einer wirtschaftlich angespannten Lage muss diesem Sachverhalt grosse Bedeutung beigemessen werden. Zusätzlich unter dem Druck der Standortattraktivität mit Blick auf unsere Nachbarkantone ist diese Beurteilung vorzunehmen. Der Kanton Zürich muss für Steuerzahler attraktiv bleiben und darf vor allem in dieser Zeit nicht verlieren.

Die SVP fordert daher die Senkung des Staatssteuerfusses um 3 Prozent; eine Steuersenkung, die allen Steuerzahlenden zugutegekommen wäre. Der Rat, im Besonderen unsere bürgerlichen Partner, hat unserem Antrag keine Folge geleistet. Dies nehmen wir jetzt zur Kenntnis. Die Steuerzahler werden dies ebenso zur Kenntnis nehmen. Trotzdem bleibt ein gemeinsames Ziel, die Steuergesetzrevision im kommenden Jahr erfolgreich umzusetzen.

Die SVP-Fraktion wird ihren Weg der konsequenten Aufwandbegrenzung fortführen. Mit dem Budget 2010 haben wir ein Zwischenziel erreicht. Wir können mehrheitlich dem Budget zustimmen.

Nicolas Galladé (SP, Winterthur): Die grösste Herausforderung der Politik und Gesellschaft ist es, die richtigen Antworten auf die schwierige Wirtschaftssituation zu finden, denn die Krise ist die Ursache und die Defizite im kantonalen Finanzhaushalt sind die Folge davon. Aus diesem Grund hat die Regierung für das Budget 2010 auch keine Hauruckübung angestrebt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der rechtsbürgerlichen Finanzallianz, haben sich eine andere Mission gegeben, die Mission, Ihre rechtsbürgerliche Finanzpolitik umzusetzen, die offenbar Ihre eigene Regierung nicht umzusetzen fähig ist. Ganz offensichtlich misstrauen Sie Ihrer eigenen Regierung; eine Regierung, die fünf von sieben bürgerliche Vertreterinnen und Vertreter hat; eine Regierung, mit der Sie mit dem Slogan «Vier gewinnt» angetreten sind, die kantonalen Finanzen zu sanieren. Manchmal habe ich das Gefühl, Sie könnten auch sieben Regierungssitze haben oder sogar acht und verantwortlich für die schwierige Finanzsituation wären wir, die anderen. Deshalb haben Sie eine Anzahl von Anträgen gestellt, in der irrigen Annahme, man müsse mit Budgetkosmetik der Wirtschaftskrise begegnen. Sie haben aber Ursache und Wirkung verwechselt. Denn, was ist nun übrig geblieben von Ihren Budgetanträgen? Sie haben gestern und heute Kürzungen gegenüber dem Budgetantrag Ihrer Regierung im Umfang von 188 Millionen Franken beschlossen. 100 Millionen Franken davon ist die pauschale Kürzung im Konto 4950, die letztlich keine Einsparung zur Folge haben wird. Bleiben 88 Millionen Franken Kürzungserfolg. Davon wiederum sind 33,5 Millionen Franken aus dem unsäglichen NFA-Antrag, der, wie Finanzdirektorin Ursula Gut erklärt hat, auch nicht umgesetzt werden kann. Bleiben knapp 55 Millionen Franken Kürzungserfolg. Davon haben Sie genau die Hälfte, nämlich 27 Millionen Franken überwältigt an die Fachhochschulstudierenden in diesem Kanton, an jene, die Prämienvverbilligungen zugute haben, an die Gemeinden. Bleiben noch 27 Millionen Franken Kürzungen der bürgerlichen Sparallianz, die das Attribut sparen auch verdienen, 2 Promille des Gesamtaufwands in diesem Budget. Ein Siebtel Ihrer mehrheitsfähigen Anträge, während fünf Siebtel der Kürzungen effektiv Taschenspielertricks sind und ein Siebtel Ihrer Kürzungen Überwältigungen.

Dieser Kanton braucht keine Taschenspielertricks und keine Überwältigungen auf die nächste Ebene, Studierende oder sozial Schwächere. Dieser Kanton braucht auch keine rechte Stop-and-go-Finanzpolitik der letzten zehn Jahre, in der auf Steuersenkungen Defizite, auf Defizite Sparprogramme, auf Sparprogramme die nächsten Steuersenkungen folgen. Wir brauchen keine schwindelerregende Achterbahnfahrt, die bekommt uns und dem Kanton nicht gut. Wir brauchen eine Finanzpolitik mit mehr Konstanz, Geduld und Ehrlichkeit, wenn wir einen gesunden Staatshaushalt wollen. Wir wollen eine langfristige Strategie und eine neue Weichenstellung in der Finanzpolitik, denn Finanzen saniert

man in guten Zeiten und nicht in schlechten. Sie, meine Kollegen von der Finanzallianz, retten nicht die kantonalen Finanzen mit der Budgetkosmetik, die Sie heute und gestern betrieben haben. Sie haben die kantonalen Finanzen mit den Steuersenkungen der vergangenen Jahre erst in diese Schieflage gebracht.

Die SP wird dem Antrag der Regierung und der Kommissionsmehrheit, den Steuerfuss auf 100 Prozent zu belassen, zustimmen. Beim Budget hätte die SP-Fraktion der Version des Regierungsrates zugestimmt. Nachdem aber SVP und FDP mit CVP und Grünliberalen ihre willigen Steigbügelhalter gefunden haben, wird die SP Ihr Budget ablehnen.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Sehr gross war die Empörung im letzten Jahr, als wir ein ausgeglichenes Budget mittels einer Budgetverbesserung um 100 Millionen Franken im Sammelkonto 4950 erreicht haben. Das sei unverantwortlich. Das sei unredlich, ja feige, da wir nicht klar bezeichnen würden, wo wir denn die Kürzungen vornehmen möchten. So tönte es von links bis zur Regierungsbank hinüber. Dieses Jahr haben wir nun genaue Anträge eingereicht. Es ist Erstaunliches geschehen. Das war nun auch wieder nicht recht. Der Herr Justizdirektor erklärte coram publico, dass wir der Regierung gar nicht genau vorzuschreiben oder zu diktieren hätten, welche Stelle, welche Aufgabe oder welches Projekt wegzufallen habe. Bei Globalbudgets laufe das nicht so. Aha, nun denn, diese Widersprüchlichkeit zu erklären, ist nicht meine Aufgabe. Es handelt sich wahrscheinlich einfach um Politik. In diesem Sinn verstehe ich auch die Aufregung auf der anderen Ratsseite nicht so ganz, welche sie bei einzelnen Anträgen ein bisschen künstlich produziert hat. Sie haben es gehört, schliesslich macht die Regierung ohnehin, was sie will.

Unsere Zielsetzung war zu Beginn des Budgetprozesses eine Verbesserung des Budgets um 200 Millionen Franken, also doppelt so viel wie im letzten Jahr sowie eine Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent. Dies scheint nun genau das Resultat dieser mehrstündigen Debatte zu sein, weshalb ich konstatieren kann, wir sind zufrieden, im Wissen darum, dass dies ein Tropfen auf den heissen Stein ist angesichts der prognostizierten Defizite in Milliardenhöhe. Insofern ist diese Budgetdebatte eine kleine Aufwärmrunde für das, was uns im Rahmen von San10 noch bevorsteht.

Weshalb haben wir konkrete Anträge gestellt? Weil wir in einer Krise grossen Ausmasses stecken und weil wir wussten, dass die Regierung ein Sanierungspaket schnüren wird. Die Regierung hat uns sehr schnell und sehr deutlich klar gemacht, dass die Mitwirkung des Parlaments bei der Erarbeitung des Pakets, zum Beispiel bei der Definition des Leistungskatalogs nicht erwünscht ist. Wir erhalten demnach irgendwann ein Endprodukt vorgesetzt. Es ist deshalb wich-

tig und richtig, dass das Parlament mit seiner Budgethoheit nun mithilft, der Regierung einen Fingerzeig zu geben in der Frage, wo der Rotstift anzusetzen ist.

Jetzt muss ich Sie auf der linken Ratsseite fragen: Was ist genau Ihr Beitrag zur Bekämpfung der düsteren Finanzprognose? Nichts. Ein Schulterzucken, grosse Leere. Bürgerlicher Aktivismus als Vorwurf, um die eigene komplette Ratlosigkeit zu überdecken. Sie haben schlicht keinen Plan und versuchen irgendwie Lethargie als Konzept zu verkaufen. Sie kritisieren natürlich reichlich. Sie finden den einen Antrag lächerlich, den anderen unzulässig. Dann finden Sie es wieder blöd, wenn nicht zu jedem Antrag alle schwatzen, wenn eigentlich schon alles gesagt worden ist. Natürlich finden Sie es immer genau dort falsch, wo wir sparen, genau dort stimmt es nicht. Das ist nun halt mal so. Damit können wir leben.

Wir haben diese Debatte begleitet mit verschiedenen Vorstössen. Wir erhoffen uns einiges von Querschnittmassnahmen, die im Rahmen des San10 von der Regierung eruiert werden müssen. Da liegt viel Potenzial. Wir haben verschiedene Vorstösse eingereicht, einerseits im Rahmen der Diskussionen um die Semestergebühren, wo wir einen neuen Vorschlag einbringen, aber auch im Zusammenhang mit der NFA-Zahlung und der möglichen Verrechnung oder eben einem rechtlichen Vorgehen gegen den Bund, wenn er klemmt.

Ich danke an dieser Stelle den konstruktiven Fraktionen in diesem Rat, die ein Budget nun hoffentlich verabschieden, das eine substanzielle Kürzung erfährt und der Regierung einen Fingerzeig gibt, wo im Rahmen von San10 der Rotstift anzusetzen wäre. Wir möchten der Regierung den Rücken stärken und das Signal aus dem Parlament absetzen, dass wir dieses Bestreben teilen, nämlich den haushälterischen Umgang mit unseren Mitteln.

Die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat hat bewiesen, dass sie fähig und willens ist, die Herausforderung anzupacken. Dasselbe gilt auch für die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass im Foyer die Präsenzlisten liegen. Sie können sich dort einschreiben, dann erhalten Sie das Sitzungsgeld.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich bin sicher, dass die bürgerliche Seite dem Kanton dieses Sitzungsgeld schenkt.

27 Millionen Franken in zwei Tagen ist das Resultat. Berauschend ist das nicht. Es ist das Resultat einer Mehrheit, die sich brüstet, gross gespart zu haben. Wie hat sie das gemacht? Grotesker geht es gar nicht mehr. Wir, die Grünen, als Opposition ohne Regierungsbeteiligung verteidigen das Budget der bürgerlichen Regierung. Wir verteidigen die Rechtsstaatlichkeit, während Sie als Mehrheit und Verursacher der Finanzprobleme sich als wahre Kinder der Achtzigerbewegung outen und aus dem Staat Gurkensalat machen. Sogar die Beschimpfung der Regierung haben Sie uns dieses Mal abgenommen. Das drohende Milliardenloch in der Staatskasse ist die Quittung für die Zürcher Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die bürgerliche Mehrheit in diesem Kanton hat dem Staat mit den Steuersenkungen der letzten Jahre dieses Loch beschert. Die Folgen der Rezession und der Finanzmarktkrise sind noch lange nicht ausgestanden. Die Steuererträge werden weiter sinken. Die Arbeitslosenquote erreicht 2011 den Höchststand mit 5,5 Prozent. Für den Staat bedeutet das ein weiteres Anwachsen der Sozialkosten. Das sind alles andere als erfreuliche Nachrichten. Aber, als gäbe es die Welt draussen nicht, will die SVP den Steuerfuss ein weiteres Mal senken, begleitet natürlich vom üblichen Getöse, vom schlanken Staat und natürlich auch der Ausgabenfreude der linken Seite. Dabei reden wir natürlich nie – das fällt schon auf – über Subventionen für die Landwirtschaft. Wir haben auch nicht über die Zahlungen zur Schadensbegrenzung der Fehler der Finanzwirtschaft geredet. Da kann der Staat dann nicht zu wenig eingreifen. Nicht genug folgt dann in bewährter «Vier-gewinnt-Manier» eine unverantwortliche Steuergesetzrevision zur Begünstigung der Wohlhabenden. Unverantwortlicher kann die Politik nicht mehr handeln.

Die Grünen stimmen in der heutigen Situation weder einer Erhöhung des Steuerfusses noch einer Senkung zu. Die Rezession soll nicht verlängert werden zum heutigen Zeitpunkt. Wir machen uns aber nichts vor, für eine wirkungsvolle Sanierung der Staatsfinanzen kann mittelfristig eine Erhöhung des Steuerfusses nicht ausgeschlossen werden.

Etwas Erstaunliches ist aber schon geschehen, im Gegensatz zum letzten Jahr erklären die Bürgerlichen, verstärkt durch die am rechten Sparerflügel agierenden Grünliberalen diesmal nicht nur, dass die Regierung die Ausgaben nach ihrem Gusto senken soll, nein, sie kürzt sie sogar selber. Mit ihrer «Kleinviehmacht-Mist-Aktion» zeigen Sie aber auch Ihre ganzen politischen Ideen und Ihre Ratlosigkeit. Man schadet lieber überall ein bisschen, anstatt einen grossen Schritt zu wagen. Es ist aber klar, eine Spitalschliessung zum Beispiel könnte die Wahlchancen der Gemeindegönner in ihren Reihen beeinträchtigen. Man

verbrennt sich lieber nicht die Finger und streicht konzeptlos da und dort einige Franken. Oder man überwälzt die Kosten an die Familien wie zum Beispiel bei der absolut verantwortungslosen Erhöhung der Studiengebühren der Fachhochschulen. Mit der Kürzung zum nationalen Finanzausgleich lügen Sie Ihr Wahlvolk schlicht und einfach an. Nicht einmal die satte bürgerliche Mehrheit unseres Kantons kann übergeordnetes Recht biegen, wie sie will. Wir haben dem Finanzausgleich zugestimmt und müssen jetzt die Konsequenzen tragen. Das wissen auch Sie.

Nun zum Thema Finanzstrategie oder besser gesagt des Fehlens einer solchen: Auch im Budget 2010 ist eine Strategie nicht zu erkennen. Es gibt auch einen Grund dafür. Die Regierung weiss nur zur Genüge, dass ein Defizit von 1,3 Milliarden Franken nicht weggespart werden kann. Dies würde nämlich heissen, dass massiv Leistungen im Bereich Sicherheit, Verkehr, Bildung und Gesundheit abgebaut werden müssten. Wir alle wissen, dass es dafür Gesetzesänderungen braucht, die vom Volk nicht akzeptiert werden. Ich darf da vor allem Ihre Seite auf die vier Volksinitiativen im Bildungsbereich nach dem San04 hinweisen. Sie waren daran beteiligt, haben sie eingereicht und ihnen dann auch zugestimmt. Ich darf Sie auch gerne daran erinnern, dass der neue SVP-Regierungsrat im Wahlkampf davon gesprochen hat, man könne 600 Millionen Franken einsparen. Man kann es also drehen und wenden, wie man will, es braucht mittelfristig eine Steuererhöhung und absolut unabdingbar einen Verzicht auf die unsägliche Steuersenkung für die Reichsten und Privilegiertesten im Kanton. Wir Grüne sehen durchaus Fehlentwicklungen und sehen im Budget die Möglichkeit, diese zu korrigieren. Wir haben das mit dem Antrag zur Streichung der Wettbewerbskosten für die hoch spezialisierte Medizin getan. Wir werden immer gegen diesen unsäglichen Moloch PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) stimmen.

Mit uns nicht zu machen, ist die Bestrafung des kantonalen Personals mit der Verweigerung des Stufenanstiegs, die konzeptlose Erhöhung der Studiengebühren, Millionenkürzungen im Umweltschutz und Ihre nutzlosen und sinnlosen, die Rechtsstaatlichkeit verletzenden Anträge, die Sie gestellt haben. Dieses Süppchen, dieses Budget, das haben Sie selber gekocht. Löffeln Sie es auch selber aus.

Wir lehnen das Budget ab.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Bevor überhaupt ein Budget vorgelegen ist, wussten eigentlich alle, dass es ohne Sparen nicht geht. Der Haushalt des Kantons Zürich ist selbst in wirtschaftlich guten Zeiten nur knapp zu finanzieren, geschweige denn jetzt. Die Regierung wusste das auch, vermittelte aber keine

klare Botschaft. Sie lancierte zwar im Sommer ein ambitioniertes Sanierungsprogramm, trat aber beim Budget nur ein klitzekleines Bisschen auf die Sparbremse. Das haben wir nicht verstanden. Angesichts des grossen Sparbedarfs hätte der Regierungsrat hier entschlossener handeln müssen. Wir hätten von der «Vier-gewinnt-Mehrheit» wirklich mehr erwartet.

Nun denn, der Kantonsrat musste nachholen, was die Regierung verpasst hat, und niemand sagt, dass das einfach ist. Die CVP hat sich an den Sparbemühungen beteiligt, weil wir uns der schwierigen Situation bewusst sind, dass wir sparen müssen. Wir haben mitgewirkt, weil wir unsere Verantwortung wahrnehmen müssen. Das Ziel der CVP ist es, die Aufwandsteigerung zu stoppen. Der Kanton gibt Jahr für Jahr mehr aus. Das ist nicht finanzierbar. Wir haben alle Anträge unterstützt, die das Ziel der Stabilisierung der Ausgaben verfolgen. Absolut kein Verständnis haben wir darum für den Antrag, den Theo Toggweiler so ausführlich begründet hat, die Steuern um 3 Prozent zu senken. In einer Zeit, in der uns das Wasser bis zum Hals steht, ist diese Senkung wirklich unverantwortlich. Wollen Sie denn nun das strukturelle Defizit beseitigen oder nicht? Ich war der Meinung, Sie wollten das auch. Vielleicht habe ich mich da aber getäuscht.

Jedenfalls, den Staat auszuhöhlen, ist nicht das Ziel der CVP. Unser Ziel ist eine stetige Finanzpolitik und ein gesunder Haushalt. Wir haben jetzt eine intensive Detailberatung hinter uns. Manche Anträge kamen durch, andere nicht. Jetzt ist Zeit für das Wesentliche. Das Wesentliche ist, wir brauchen ein Budget. Darum fordere ich Sie auf, dem Budget zuzustimmen. Bei der SP und bei den Grünen ist vermutlich Hopfen und Malz verloren. Sie haben immer noch nicht begriffen, dass Sparen auch zum Haushalten gehört, obwohl Sie das privat sicher auch tun. Jeder Antrag, den wir gestellt haben, war falsch, war verfassungswidrig, war ungesetzlich. Die UNO-Menschenrechtskonvention habe ich eigentlich vermisst. Mehr dazu habe ich von Ihnen auch nicht gehört. Da hätte ich wirklich auch von Ihnen gewisse konstruktive Ansätze erwartet.

Mein Appell richtet sich deshalb vor allem an die SVP: Ich habe von Hans Frei gehört, dass sie zu einem guten Teil dem Budget zustimmen wird. Das freut mich. Ich appelliere an alle Mitglieder der SVP, dass sie uns mithelfen, das Budget ins Ziel zu bringen. Wir sind über den Schatten gesprungen und haben mitangepackt. Dasselbe erwarte ich jetzt von Ihnen auch. Ein Nein zum Budget wäre zwar ein Knaller, aber ich muss Ihnen sagen, das würde die Situation weiter destabilisieren und wäre darum unverantwortlich. Bitte verzichten Sie nur dieses eine Mal darauf, ein Zeichen zu setzen.

Ein Wort zur Regierung: Letztes Jahr haben wir einen Pauschalantrag gestellt. Wir wurden dafür kritisiert. Dieses Jahr waren wir bestrebt, konkrete Anträge

zu machen. Das war auch nicht recht, wie wir von Regierungsrat Markus Notter gehört haben. Ich muss Ihnen schon sagen, bitte, sagen Sie uns, wie wir es tun sollen, denn mitwirken wollen wir schon. Mit diesen Äusserungen hat Regierungsrat Markus Notter uns wirklich einen Bärendienst erwiesen, denn er stärkt die, die einfach gerne eine runde Zahl fordern. Das kann nicht in Ihrem Sinn sein. Nehmen Sie doch unsere Begründungen entgegen als das, was sie sind, nämlich als Hinweise, wo wir das Geld einsparen würden. Dass Sie mit Globalbudgets arbeiten, haben sogar wir gemerkt.

Wir alle wissen, die Budgetdebatte war erst der Anfang, quasi das Einlaufen für San10. Ich erwarte von der Regierung, dass sie hier entschlossener vorangeht und ermuntere sie, uns einzubeziehen. Wir haben vonseiten der CVP mehrmals darauf hingewiesen, dass wir gerne mitwirken und zum Beispiel den Leistungskatalog einsehen würden.

Ein etwas spezielles Verhältnis haben wir zum KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*), der noch im Januar 2010 ansteht. Den KEF nehmen wir negativ zur Kenntnis, denn er ist bereits jetzt veraltet. Wir werden uns auch aus den KEF-Anträgen heraushalten. Bitte schliessen Sie sich doch uns an. Verschonen wir den Regierungsrat vor x KEF-Erklärungen und schaffen wir Raum für das Wesentliche, nämlich für das Sanierungsprogramm. Darauf sollte sich der Regierungsrat jetzt konzentrieren. Alles andere sind wirklich Alibiübungen.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen und uns eine gute Verschnaufpause über Weihnachten. Mehr ist es nicht.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Wir haben jetzt Positionen bezogen und teilweise nach Lösungen gesucht. Thomas Vogel hat gefragt, was der Beitrag der anderen denn eigentlich sei. Selbstverständlich sieht er nur seinen Beitrag und nicht denjenigen anderer Gruppierungen und Parteien hier drin.

Die EVP-Fraktion hat Ihnen eigentlich ein Dreipunkte-Programm vorgeschlagen, das im Gegensatz zu Ihren Sparanträgen, die eher ein bisschen ärmlich waren, eine Gesamtlösung für die budgetierte Schuld gewesen wäre. Wir haben zugestimmt und haben auch einzelnen Kürzungsanträgen zugestimmt. Wir haben hiermit ausgesagt, ein gezieltes Sparen ist mit der EVP zu haben. Wir sind bereit, gezielt zu sparen, aber das kann nicht sein, indem wir Gebühren erhöhen. Es kann nicht sein, indem wir beim «Reptilienfonds» oder beim Finanzausgleich Pseudokürzungen machen, von denen wir wissen, dass sie nicht umgesetzt werden können. Wir wollen ganz konkret, wenn es zum Beispiel um die Sihltalstrasse geht, sagen, jawohl, hier können wir 15 Millionen Franken kür-

zen. So können Sie mit der EVP auch sparen. Das Sparen ist ein wesentlicher Teil, um den Finanzhaushalt dieses Kantons zu sanieren.

Ein zweiter Teil wäre aber, wenn Sie auch endlich hier drin erklären würden – das gilt für die Bürgerlichen genauso wie für die SP –, dass wir es uns nicht leisten können, eine Steuerrevision in der Bevölkerung durchzuführen und 400 Millionen Franken in diesem Budget weiter zu senken an Einnahmen. Sie müssen mir sagen, und zwar diejenigen, die aus Konkurrenzgründen zu anderen Kantonen oben entlasten wollen, obwohl wir international selbstverständlich konkurrenzfähig sind, Sie müssen mir sagen, wenn Sie sagen, unten müssen wir entlasten, obwohl wir gegenüber den anderen Kantonen viel besser dastehen, woher wir dann die 400 Millionen Franken nehmen. Sie von der GLP müssen mir sagen, wie Sie eine ökologische Steuerreform durchführen wollen, wenn wir die 400 Millionen Franken nicht haben. Ich habe gemeint, wir haben 700 Millionen Franken Verlust budgetiert. Ich habe gemeint, die Regierung spreche im KEF von 1,2 Milliarden Franken, die einzusparen sind. Sie sagen hier locker vom Hocker, 400 Millionen Franken können wir uns doch leisten. Die SP sagt das genauso wie die Bürgerlichen. Das Personal wird es Ihnen danken, wenn Sie dann daran gehen werden müssen, dies zu lösen.

Wir hätten erwartet, dass Sie endlich einmal hier drin sagen, wir können uns dieses Steuerpaket nicht leisten. Dann hätten Sie 100 Millionen Franken durch Sparen gespart. Sie hätten 400 Millionen Franken durch keine Steuersenkungen gespart. Sie wären schon bei 500 Millionen Franken gewesen. Siehe da, wir machen den dritten Punkt, ein Gesamtkonzept und sagen 3 Prozent. Auf 1000 Steuerfranken sind das 15 Franken, die ein Bürger mehr zu zahlen hat. Wenn wir das erhöht hätten, wären das 120 Millionen Franken. Sie hätten sage und schreibe an dieser Budgetdebatte nicht nur geplaudert, sondern Sie hätten eine Lösung der Situation gehabt. Aber Sie wollten das selbstverständlich nicht. Was haben Sie dann gemacht? Sie haben gesagt, wir haben pseudo 200 Millionen Franken gespart. Nicolas Galladé hat erklärt, wie es sich dann aufteilt. Da kann ich ihm zu 100 Prozent zustimmen. Sie haben auf der anderen Seite gesagt, 400 Millionen Franken kürzen wir die Steuern. Saldo: minus 200 Millionen Franken, die Sie auf beiden Seiten nun zu verantworten haben. Ich bin begeistert, wenn wir von der Sanierung des Haushalts sprechen.

Die EVP-Fraktion bedauert, dass Sie unserem Konzept, das eine Lösung und nicht nur ein «Pläuderlen» gegeben hätte, nicht zugestimmt haben. Wir werden aber dem Budget zustimmen, weil wir der Meinung sind, wir wollen ein verlässlicher Partner gegenüber der Wirtschaft sein. Wir haben die KMU (*kleine und mittlere Unternehmen*) und das Gewerbe gern. Wir sind der Meinung, wir brauchen sie. Sie brauchen unser Budget, um zuverlässig auch ins Neue Jahr gehen zu können. Wir sind nicht bereit, das sagen wir in aller Deutlichkeit,

wenn Sie wegen Ihrem Steuerpaket oder sonst etwas meinen, Sie müssten dem Personal an den Kragen gehen und da zuzustimmen. Die Ferien, die sie schon längst zugute hätten, machen wir nicht. Wir machen Rückstände nicht wieder gut, die wir haben. Wir sprechen nicht von Stufenerhöhungen. Das ist nur, weil Sie nicht in der Lage sind, eine Gesamtlösung zu machen. So geht das letztlich nicht. Auch Sie von den Grünen und von der SP müssen das zur Kenntnis nehmen.

In diesem Sinn werden wir dem Budget zustimmen und selbstverständlich auch der Steuerfusserhöhung um 3 Prozent.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Wir Grünliberale sind zufrieden mit dem Resultat aus der Detailberatung. Zum Teil gingen uns die Anträge zwar zu wenig weit, zum Teil wurden Anträge beschlossen, mit denen wir auch nur bedingt glücklich sind. Eine grosse Mehrheit der Anträge, die als Kürzungsanträge betitelt wurden, waren allerdings genau betrachtet keine Kürzungsanträge, sondern eben eine Erhöhung eines Budgetpostens um weniger Prozent als ursprünglich gewünscht.

Wir halten noch einmal klar fest: Es verbleibt trotz Anträgen fast überall ein Wachstum. Mir ist die Rhetorik, die ich als Kritik auf viele Anträge gehört habe, wirklich als unfassbar entgegengekommen. Man könnte meinen, wir hätten ganze Stellen abgeschafft und komplette Leistungen zusammengestrichen und als Resultat einen riesigen Scheiterhaufen hinterlassen, nur weil es an einigen Orten etwas weniger mehr gab als ursprünglich gewünscht. Für uns Grünliberale ist das Jammern auf hohem Niveau.

Die Bilanz kann sich allerdings sehen lassen. Der Kantonsrat hat klar den Willen geäussert, dass er nicht bereit ist, ein weiteres ungebremstes Wachstum der Ausgaben einfach hinzunehmen. Im Gegenteil nimmt er seine Verantwortung wahr und gibt früh genug Gegensteuer im Gegensatz zur Regierung. Ebenfalls wird der ebenso klare Bezug auf die Festsetzung des Steuerfusses Ruhe bewahren und nicht in Hektik weder nach oben noch nach unten verfallen. Eine Senkung des Steuerfusses ist kein Thema, bevor nicht die Hausaufgaben gemacht sind. Der Kanton muss im Moment für möglichst stabile Verhältnisse für die Wirtschaft sorgen, was eine Erhöhung zur Lösung der Finanzprobleme ebenfalls verunmöglicht. Eine Senkung ist schlicht fahrlässig. Wir werden diese ablehnen.

Zum Steuerpaket habe ich mich in der Eintretensdebatte geäussert. Ich erkläre Peter Reinhard gerne unter vier Augen, wie wir es sehen. In Bezug auf die vorgeschlagenen Lösungen der rechten und der linken Ratsseite kann ich mich den Äusserungen von Peter Reinhard anschliessen.

Das vorliegende Resultat, Budget, KEF und Steuerfuss ist ganz im Sinne der Grünliberalen eine austarierte Lösung aus der politischen Mitte. In diesem Sinn werden wir dem Budget zustimmen.

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Sowohl als auch, das wäre das Lösungswort für ein defizitäres Budget. Die EDU macht beides, sowohl sparen, wo vertretbar, als auch Steuern moderat erhöhen. Das wäre das Rezept für einen schlanken, aber starken Staat, auch in der Krise. Dieses Rezept versteht jeder vernünftige Unternehmer, der in finanzielle Schieflage gerät. Er spart, wo möglich, versucht aber auch, die Einnahmen zu steigern. Woran liegt es wohl, dass das Regierung und Parlament des Kantons Zürich nicht schaffen? Die EDU hat ihre Verantwortung wahrgenommen und wird es bis zum Schlussakt zu vorgerückter Stunde auch tun. Trotz Missfallen am Defizit und mutmasslichem Steuerfuss von 100 Prozent stimmen wir dem Budget zu. Wir wählen damit das kleinere von zwei Übeln. Das grössere Übel wäre kein Budget zu verabschieden. Wir bitten Sie dringend, es uns gleich zu tun.

Regierungsrätin Ursula Gut: Sie haben das Budget des Regierungsrates durch Kürzungsbeschlüsse verändert. In den meisten Bereichen entsprach das auch Ihrem Recht. Sie haben die Budgethoheit.

Ich beantrage Ihnen, dem Budget zuzustimmen, denn ein budgetloser Zustand in der heutigen, noch schwierigen Wirtschaftslage würde zu Verunsicherungen in Gesellschaft und Wirtschaft führen. Der Regierungsrat wäre sonst gezwungen, sich auf die für die ordentliche und wirtschaftliche Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Auslagen zu konzentrieren.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wir kommen zur Abstimmung des Steuerfusses. Der Kommissionsantrag von 100 Prozent, der Minderheitsantrag Theo Toggweiler von 97 Prozent und der Antrag Peter Ritschard von 103 Prozent sind als gleich geordnete Hauptanträge zu behandeln. Wir werden über die drei Anträge nach Paragraf 30 des Geschäftsreglements des Kantonsrates, dem sogenannten Cup-System abstimmen. Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit

der stimmenden Mitglieder auf sich, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge eine Mehrheit erlangt. Die Tür ist zu schliessen.

Abstimmung

Anwesende Ratsmitglieder..... 167

Absolutes Mehr84 Stimmen

Für den Kommissionsantrag stimmen.....92 Ratsmitglieder

Für den Antrag Theo Toggweiler stimmen.....54 Ratsmitglieder

Für den Antrag Peter Ritschard stimmen20 Ratsmitglieder

Der Kantonsrat stimmt mit 92 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu. Der Steuerfuss ist auf 100 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft 7 ist erledigt.

Kenntnisnahme des KEF 2010 – 2013

Abstimmung

Der Kantonsrat nimmt den KEF 2010 – 2013 mit 86 : 67 Stimmen bei 2 Enthaltungen ablehnend zur Kenntnis.

Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2010

Minderheitsantrag Raphael Golta, Hans Läubli, Yves de Mestral:

II. Das Budget für das Rechnungsjahr 2010 wird abgelehnt.

Raphael Golta (SP, Zürich): Ich bin der Ansicht, der Kantonsrat kann den KEF weder zustimmend noch ablehnend zur Kenntnis nehmen, sondern er nimmt ihn einfach zur Kenntnis. Aber gut, sei es wie sei, wir lehnen das Budget ab.

Schlussabstimmung über das Budget 2010

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 64 Stimmen bei 0 Enthaltungen, das bereinigte Budget 2010 mit einem Ertragsüberschuss von 525'434'770 Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 1'343'449'517 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Die Tür ist zu öffnen.

Das Geschäft ist erledigt.

Abstimmung zu Geschäft 153, 4629a

Der Kantonsrat stimmt der Vorlage 4629a mit 125 : 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Festtagswünsche der Regierungspräsidentin

Regierungspräsidentin Regine Aepli: The same procedure as every year, am Ende des Sitzungsmarathons kommt noch die Präsidentin, um Sie daran zu erinnern, dass es auch noch ein Leben ausserhalb des Ratssaals gibt.

Ich danke Ihnen für die Zusammenarbeit im zu Ende gehenden Jahr und wünsche Ihnen ganz schöne, erholsame und friedliche Feiertage im Kreise Ihrer Lieben. Ich wünsche Ihnen auch ein finanziell sorgenfreies Jahr. Ich hoffe, dass die Diskussionen in Ihren Familien über die Ausgaben nicht mit der gleichen Heftigkeit geführt werden müssen wie in diesem Saal. Kommen Sie gut nach Hause, und schlafen Sie gut. (*Applaus.*)

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Neue Beitragsfinanzierungsmodelle für die Hochschulen – Neuordnung der Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden**
Postulat *Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)*
- **Strategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt im Kanton Zürich**
Postulat *Eva Torp (SP, Hedingen)*
- **Ein nationaler Innovationspark für Zürich dank einer initiativen Regierung**
Interpellation *Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)*
- **Der Bund als Schuldner – Verrechnen mit dem NFA-Beitrag des Kantons oder Beschreiten des Rechtsweges?**
Interpellation *Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)*
- **Offene Verfahrensfragen beim Referendum mit Gegenvorschlag von Stimmberechtigten**
Dringliche Anfrage *Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)*
- **Generalamnestie für nicht versteuerte Vermögen**
Anfrage *Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil)*
- **Suchtmittelmissbrauch bei Jugendlichen**
Anfrage *Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.)*
- **Bevölkerungswachstum Kanton Zürich**
Anfrage *Christoph Holenstein (CVP, Zürich)*
- **Kosten Bericht Blauzungenkrankheit**
Anfrage *Hans Egli (EDU, Steinmaur)*
- **Massiver Ausbau der Parkplätze am Flughafen**
Anfrage *Marcel Burlet (SP, Regensdorf)*
- **Getränkeangebot im Restaurant Belcanto der Opernhaus Zürich AG**
Anfrage *Andrea von Planta (SVP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 00.30 Uhr

Zürich, den 15. Dezember 2009

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 4. Januar 2010.